



Hochrangige internationale Konferenz zur Zwei-Staaten-Lösung, 4. und 5. Sitzung (vormittags und nachmittags) PAL/2250 30. Juli 2025

## **Hochrangige Konferenz zur Zwei-Staaten-Lösung schließt allgemeine Debatte ab und wird zur Prüfung des Abschlussdokuments wieder einberufen**

Eine hochrangige Konferenz der Generalversammlung zur Förderung der Verwirklichung zweier unabhängiger Staaten – Israel und Palästina – hat heute ihre allgemeine Debatte abgeschlossen und das abschließende Dokument an die Delegationen verteilt. Die Veranstaltung wird zu einem späteren Zeitpunkt wieder einberufen, um über den Text zu beschließen.

„Die Staaten haben bis Anfang September Zeit, das Dokument zu billigen, wenn sie dies wünschen“, sagte der Vertreter Saudi-Arabiens, als er die Sitzung unterbrach.

Die von diesem Land und Frankreich gemeinsam geleitete „Hochrangige Internationale Konferenz zur friedlichen Beilegung der Palästinafrage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung“ fand gemäß der Resolution [79/81](#) der Generalversammlung vom 28. bis 30. Juli in New York statt. (Berichterstattung über die Sitzungen vom 28. und 29. Juli finden Sie in den Pressemitteilungen [PAL/2248](#) und [PAL/2249](#).)

Während der Generaldebatte der Konferenz, an der mehr als 120 Redner teilnahmen, hoben einige die historische Bedeutung der Resolution [181\(II\)](#) der Generalversammlung hervor, die im November 1947 verabschiedet wurde und die grundlegende Vision einer Zwei-Staaten-Lösung skizzierte.

### **Staaten unterstützen Zwei-Staaten-Lösung, Malta wird Palästina im September anerkennen**

„Es ist völlig inakzeptabel, dass 78 Jahre nach der Verabschiedung der Resolution 181 der Generalversammlung nur einer der beiden Staaten Unabhängigkeit und Vollmitgliedschaft in den Vereinten Nationen genießt, während dem anderen – dem Staat Palästina – dies weiterhin verweigert wird“, erklärte der Vertreter Malaysias und erklärte: „Es ist an der Zeit, diese historische und grobe Ungerechtigkeit zu beenden.“ Er lobte die Länder, die mutige Entscheidungen zur Anerkennung des Staates Palästina getroffen haben, und forderte andere auf, diesem Beispiel dringend zu folgen.

Malta war das jüngste Land, das seine Absicht bekundete, den Staat Palästina anzuerkennen. Sein Vertreter erklärte, dass die formelle Anerkennung auf der bevorstehenden Generalversammlung der Vereinten Nationen erfolgen werde. Er bezeichnete diese Entscheidung als „konkreten Schritt zur Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens“. Unter Berufung auf die Bestätigung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser durch den Internationalen Gerichtshof betonte er, dass der Anerkennung „politische Verhandlungsbereitschaft auf beiden Seiten“ und die Präsenz einer „legitimen palästinensischen Regierung mit einem Mandat des Volkes“ folgen müssen. „Die Hamas sollte jedoch nicht Teil der Gleichung für die künftige Regierungsführung in Gaza sein“, fügte er hinzu.

In ähnlicher Weise verwies der Sprecher Bulgariens auf die frühe Anerkennung des Staates Palästina durch sein Land im Jahr 1988 und betonte, wie wichtig es sei, die legitimen Sicherheitsinteressen Israels anzuerkennen und eine einheitliche, demokratisch gewählte palästinensische Führung – unter Ausschluss der Hamas – als Grundlage für einen lebensfähigen und souveränen

palästinensischen Staat zu etablieren. Er betonte, dass „Frieden kein Geschenk ist, das wir uns gegenseitig machen, sondern eine Verantwortung, die wir gegenüber künftigen Generationen haben“, und forderte direkte Verhandlungen zwischen den Parteien auf der Grundlage von Vertrauen, Kompromissen und praktischen Lösungen.

Der Delegierte Kirgisistans erinnerte an die Anerkennung des Staates Palästina durch sein Land im Jahr 1995 und begrüßte ähnliche Schritte Frankreichs und des Vereinigten Königreichs während der Konferenz. Er betonte, dass Frieden auf den Resolutionen der Vereinten Nationen und der Zwei-Staaten-Lösung beruhen müsse, und versprach erneut, die internationalen Bemühungen um ein Ende des Blutvergießens und um dauerhaften Frieden in der Region zu unterstützen.

Der Vertreter Australiens hob eine gemeinsame Erklärung hervor, die am 29. Juli von einer Gruppe von Mitgliedstaaten abgegeben wurde, und berichtete, dass sein Land und 14 weitere Staaten den „New York Call“ veröffentlicht hätten, in dem „klargestellt wird, dass die Anerkennung eines Staates Palästina ein wesentlicher Schritt zu einer Zwei-Staaten-Lösung ist“. Israel müsse sich mit der Frage der palästinensischen Staatlichkeit auseinandersetzen. „Die Welt ist in Bewegung, und eine Zwei-Staaten-Lösung ist für die langfristige Sicherheit Israels unerlässlich“, stellte er fest und betonte, dass Australien „weiterhin mit anderen Ländern zusammenarbeiten werde, um eine Zwei-Staaten-Lösung zu verwirklichen“.

### **Redner heben „Mitschuld“ der Vereinigten Staaten hervor**

Unterdessen verurteilten die Vertreter Irans und Kubas die Rolle der Vereinigten Staaten im Nahen Osten. Unter Berufung auf eine Reihe von Normalisierungsabkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Ländern, die von den Vereinigten Staaten vermittelt worden waren, sagte der Delegierte aus Teheran, dass die „sogenannten Abraham-Abkommen“ Israel ermutigt hätten. Dieser Staat habe im Juni „unprovozierte Angriffe“ auf iranisches Territorium gestartet, die sich gegen Zivilisten und Nuklearanlagen richteten und „mit direkter Beteiligung der USA unterstützt“ worden seien. Er forderte „gezielte Sanktionen“ gegen Israel und warnte vor „jeglichen Versuchen, die Beziehungen zum israelischen Besatzungsregime zu normalisieren“, da dies „einen Verrat am Völkerrecht und an der Gerechtigkeit“ darstelle.

„Es ist unmöglich, über die Lage in Palästina zu sprechen, ohne die historische Mitschuld der Regierung der Vereinigten Staaten anzusprechen, die ebenfalls für den Völkermord verantwortlich ist“, sagte der Delegierte aus Havanna und verwies auf die wiederholte Nutzung des Vetorechts durch Washington, D.C., im Sicherheitsrat, um „die Umsetzung eines Waffenstillstands zu blockieren“. Die Lähmung des Rates sei eine Beleidigung, die Israel ausnutze, um seine kriminelle Politik ohne Angst vor Konsequenzen fortzusetzen. Es seien dringend konkrete Maßnahmen erforderlich, um den anhaltenden Völkermord zu stoppen und die ungehinderte Lieferung humanitärer Hilfe zu ermöglichen, fügte er hinzu.

### **Große Hoffnungen für die Konferenz**

Dennoch gab es überwältigende Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung und große Erwartungen, dass die Konferenz konkrete Impulse für die Verwirklichung dieser Vision geben werde.

„Wir hoffen aufrichtig, dass diese Konferenz einen Wendepunkt in der Region sowie in unserem globalen Engagement für Frieden, Stabilität und multilaterale Zusammenarbeit markieren wird“, sagte die Vertreterin von St. Vincent und den Grenadinen. Sie äußerte auch ihre Überzeugung, dass die Bemühungen der Arbeitsgruppen der Konferenz die Richtung dieses langjährigen Problems ändern und als „Startrampe für Maßnahmen“ dienen würden.

„Das heutige Forum könnte das bleibende Vermächtnis der multilateralen Bemühungen um die Verwirklichung einer politischen Perspektive für eine gerechte und dauerhafte Lösung für das palästinensische Volk sein“, sagte der Vertreter Nigerias. Sein Land habe in der Vergangenheit mehrere Anstrengungen unternommen, um eine vermittelnde Rolle in dem Konflikt zu spielen – darunter Besuche in Israel und Palästina, bei denen Nigeria beide Seiten zur Rückkehr an den Verhandlungstisch aufgefordert habe. Er sprach Ägypten und Katar seine Anerkennung und Unterstützung für ihre laufenden diplomatischen Bemühungen um eine Einigung über einen sofortigen und dauerhaften Waffenstillstand aus.

Die Nichtanerkennung Palästinas „verfestigt ein strukturelles Ungleichgewicht im Friedensprozess“, sagte der Sprecher des Golf-Kooperationsrats. Er bezeichnete die Globale Allianz für die Umsetzung der Zweistaatenlösung als „strategische und kluge Vision“, die den Fokus wieder auf „die Legitimität der Palästina-Frage“ richte, und lobte die Arabische Friedensinitiative als „integrierte strategische Vision für einen gerechten und dauerhaften Frieden“. Darüber hinaus würdigte er die Entscheidungen Frankreichs und des Vereinigten Königreichs, den Staat Palästina anzuerkennen.

### **Aber die Lage vor Ort ist weiterhin dramatisch, und ein Waffenstillstand ist notwendig**

Mehrere Redner warnten jedoch vor den harten Realitäten vor Ort und in den diplomatischen Foren. Die Beobachterin der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften beschrieb den humanitären Raum für die Bereitstellung lebensrettender Güter und Dienstleistungen als „fast nicht mehr existent“. Sie berichtete: „Unsere Kollegen vom Palästinensischen Roten Halbmond in Gaza nehmen in ihren medizinischen Einrichtungen Menschen auf, die aufgrund von Hunger ohnmächtig werden oder krank sind, während sie selbst keine Nahrung für sich und ihre Kinder finden können.“

Der Redner der Côte d'Ivoire bedauerte die mangelnde Einigkeit im Sicherheitsrat in dieser Frage. Der Krieg in Gaza habe der Idee einer Verhandlungslösung einen weiteren Schlag versetzt und „uns noch weiter von der Aussicht auf eine Rückkehr zum Frieden in der Region entfernt“, sagte er.

In diesem Zusammenhang betonte der Delegierte Nepals die Verantwortung der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Verhandlungen wieder aufzunehmen, einen Rahmen für einen dauerhaften Frieden zu schaffen und eine gerechte, friedliche, einvernehmliche und dauerhafte politische Lösung des Problems zu finden. „Dazu müssen kurzsichtige Visionen und engstirnige politische Interessen beiseitegelassen werden“, sagte er.

Der Beobachter der Organisation für Islamische Zusammenarbeit verurteilte seinerseits Israel für „systematische Verbrechen – darunter Aggression, Völkermord, Zerstörung, Vertreibung, Aushungerung und Blockade des Gazastreifens“. Er betonte außerdem die Notwendigkeit einer „sofortigen und dauerhaften Waffenruhe“ und des Rückzugs der israelischen Streitkräfte.

„Nach der brutalen Aggression und dem Krieg in Bosnien und Herzegowina, dem Völkermord in Srebrenica und unabhängig davon, wie viele offene Wunden noch bleiben“, betonte der Vertreter dieses Landes: „Eine Botschaft, die uns die Friedensabkommen von Dayton gelehrt haben, ist, dass Frieden nicht alles ist – aber ohne Frieden ist nichts möglich.“

Hochrangige internationale Konferenz zur Zwei-Staaten-Lösung,  
1. Sitzung (Fortsetzung) (PM) PAL/2248 28. Juli 2025

## **Bei der Wiederaufnahme der hochrangigen Konferenz zur Zwei-Staaten-Lösung fordern Redner einen palästinensischen Staat**

Unter dem Eindruck des anhaltenden Krieges im Gazastreifen und der eskalierenden Spannungen im Nahen Osten sind heute Außenminister und andere hochrangige Vertreter in den Vereinten Nationen zusammengelassen, um neue globale Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Resolutionen zur Palästina-Frage und zur Zwei-Staaten-Lösung zu fordern.

Das Treffen mit dem Titel „Hochrangige internationale Konferenz zur friedlichen Beilegung der Palästina-Frage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung“ sollte ursprünglich am 17. Juni beginnen. Die erste Plenarsitzung fand zwar an diesem Tag statt, wurde jedoch aufgrund der Lage in der Region schnell unterbrochen. Die Konferenz, die gemäß der Resolution [79/81](#) der Generalversammlung stattfindet, wird nun vom 28. bis 30. Juli stattfinden und zielt darauf ab, einen glaubwürdigen politischen Prozess wiederzubeleben und konkrete Schritte für einen palästinensischen Staat auf der Grundlage der Grenzen von 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt zu skizzieren.

In seiner Ansprache an die Anwesenden forderte UN-Generalsekretär António Guterres die Mitgliedstaaten auf, „zu beweisen, dass diese Bemühungen etwas anderes sind“. An diejenigen, die sich einer Zwei-Staaten-Lösung widersetzen, richtete er die Frage: „Was ist die Alternative? Eine Ein-Staaten-Realität, in der den Palästinensern gleiche Rechte verweigert werden und sie gezwungen sind, unter ewiger Besatzung und Ungleichheit zu leben? Eine Ein-Staaten-Realität, in der die Palästinenser aus ihrem Land vertrieben werden?“ Er lehnte ein solches Szenario ab: „Das ist kein Frieden. Das ist keine Gerechtigkeit. Das steht nicht im Einklang mit dem Völkerrecht. Und das ist nicht akzeptabel.“

Stattdessen forderte er die internationale Gemeinschaft auf, nicht nur die Zwei-Staaten-Lösung am Leben zu erhalten, sondern „dringende, konkrete und unumkehrbare Schritte“ zu unternehmen, um sie zu verwirklichen. Zu diesen Schritten müssen die Beendigung der Gewalt, die Einstellung der Annexion und der Siedlungsausweitung, die Ablehnung von Vertreibung und ethnischer Säuberung, die Gewährleistung der Rechenschaftspflicht für Gräueltaten, die Wiederherstellung eines glaubwürdigen politischen Dialogs und die Bekräftigung der gleichen Rechte und Würde beider Völker gehören. „Wir müssen die falsche Wahl zwischen einem palästinensischen Staat und der Sicherheit Israels ablehnen“, forderte er.

„Wir haben lange Jahre auf eine echte internationale Intervention gewartet“, sagte Mohammed Mustafa, Ministerpräsident des Staates Palästina, und fügte hinzu: „Wir haben verloren, was wir verloren haben, und wir haben unermesslich gelitten.“ Er forderte die Konferenz daher auf, zu einem „Wendepunkt“ zu werden, an dem Worte in „unverzögliche und beispiellose praktische Schritte“ umgesetzt werden, um den Völkermord zu stoppen, die israelische Besatzung zu beenden und die Entstehung eines unabhängigen palästinensischen Staates auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung zu ermöglichen.

Er beklagte den Tod, die Zerstörung und die Missachtung palästinensischer Leben und forderte die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, jede Rechtfertigung für Angriffe auf Zivilisten oder die Blockade von Hilfslieferungen zurückzuweisen. „Dieser Vernichtungskrieg muss sofort beendet werden“, betonte er und forderte den vollständigen Rückzug der israelischen Streitkräfte aus dem Gazastreifen. Er rief die Weltgemeinschaft dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, um die Aggression, die Hungersnot und die Vertreibung zu beenden. „Palästinenser sind Menschen“, betonte er.

Er bekräftigte auch die Bereitschaft Palästinas, eine vom Sicherheitsrat autorisierte vorübergehende arabische und internationale Truppe einzuladen, um Zivilisten zu schützen, den Waffenstillstand zu gewährleisten und die Sicherheitsdienste der palästinensischen Regierung zu unterstützen – nicht zu ersetzen. „Das palästinensische Volk hat das Recht, in Freiheit und Würde in seiner Heimat zu leben“, betonte er, verwies auf die 149 Länder, die den Staat Palästina anerkennen, und forderte andere, die die Zwei-Staaten-Lösung unterstützen, auf, dies ebenfalls zu tun.

## **Frankreich wird den palästinensischen Staat anerkennen, andere betonen die Bedeutung der Konferenz**

In diesem Sinne erklärte Jean-Noël Barrot, Minister für Europa und auswärtige Angelegenheiten Frankreichs, zu Beginn der Sitzung: „Es gibt nichts Wertvolleres für Menschen als die Würde, frei zu sein.“ Er erinnerte an die Unterstützung Frankreichs für Israel bei seinem Beitritt zur Staatengemeinschaft und bekräftigte, dass die Palästinenser das gleiche Recht auf eine Heimat haben. „In einer Zeit, in der die Zwei-Staaten-Lösung mehr denn je bedroht ist, ist Frankreich bereit, den Staat Palästina uneingeschränkt anzuerkennen“, erklärte er und versprach, dies im September zu tun, wenn die Staats- und Regierungschefs der Welt zur 80.

Faisal bin Farhan al Saud, Außenminister Saudi-Arabiens, der gemeinsam mit seinem französischen Amtskollegen den Vorsitz der Sitzung innehatte, sagte, dass das Leiden Tausender Zivilisten in Gaza unter Bombardierungen, Hunger und Vertreibung weitergehe, während israelische Siedlungen in Jerusalem und im Westjordanland expandierten, um die demografische Struktur der Region zu verändern. „Frieden und Sicherheit lassen sich nicht durch Entzug von Rechten oder Gewalt erreichen“, betonte er und hob die Zusammenarbeit Riads mit der Palästinensischen Autonomiebehörde beim Aufbau von Kapazitäten und der Verwirklichung der digitalen Transformation hervor. Die Konferenz sei „ein günstiger Moment, um den Friedensprozess voranzubringen“, sagte er.

„Wir befinden uns in einem kritischen Moment in der langen Geschichte des israelisch-palästinensischen Konflikts“, stellte Philémon Yang (Kamerun), Präsident der Generalversammlung in ihrer 79. Sitzung, fest. Der Krieg in Gaza, der durch die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelöst wurde, habe „erschreckende“ Verluste an Menschenleben, Zerstörung, Entbehrungen und Vertreibungen unter der palästinensischen Zivilbevölkerung verursacht, und „wir können so nicht weitermachen“, betonte er. Die Generalversammlung und der Sicherheitsrat hätten wiederholt ihre Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen auf der Grundlage der Grenzen von 1967 bekräftigt, sagte er und erklärte: „Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, die Umsetzung dieser Resolutionen zu fordern.“

„Diese Konferenz ist ein Hoffnungsschimmer“, sagte Mohammed bin Abdulrahman bin Jassim al-Thani, Premierminister und Außenminister von Katar, und wies darauf hin, dass Doha „alle diplomatischen Anstrengungen“ unternommen habe, um das Blutvergießen zu beenden und die Freilassung von Gefangenen und Geiseln zu erreichen. „Menschen sind Menschen, Kinder sind Kinder“, betonte er und fügte hinzu, dass Hunger und die gezielte Geiselnahme als Kriegsmittel eingesetzt worden seien, was einen Präzedenzfall darstelle, „den wir nicht akzeptieren können“. Er fragte die Anwesenden: „Wie können wir die Zukunft auf den Leichen derer aufbauen, die verhungern, und wie können wir Frieden erreichen, wenn wir so viel Töten, Demütigung und Hunger sehen?“

Ayman Safadi, stellvertretender Ministerpräsident und Minister für auswärtige Angelegenheiten und Auswanderer Jordaniens, betonte in diesem Zusammenhang, dass „2,3 Millionen Palästinenser wieder Hoffnung und Glauben an den Wert ihres Lebens und die Zukunft ihrer Kinder gewinnen müssen“. Er forderte ungehinderte internationale Hilfe und die Öffnung aller Grenzübergänge. Unterdessen setze Jordanien alles in seiner Macht Stehende fort, um Landkonvois und Hilfslieferungen zu organisieren, „wenn Israel uns keine andere Wahl lässt“, sagte er und betonte, dass Hilfslieferungen Landtransporte nicht ersetzen könnten. Er forderte alle, die eine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung hätten, auf, sich zu melden, und bekräftigte, dass das palästinensische Volk auf seinem Land und im Rahmen seiner Rechte bleiben werde.

Tarek Mitri, stellvertretender Ministerpräsident des Libanon, sagte, dass Palästina seit der Nakba „Jahr für Jahr, Monat für Monat“ Tragödien erleide – Besatzung, Entwurzelung, Vertreibung und Exil – „diese Verbrechen vermehren sich vor unseren Augen in Gaza“. Die Meilensteine auf dem Weg zu einer politischen Lösung seien von der internationalen Gemeinschaft „mit der Tinte der Vereinten Nationen“ geschrieben und in ihre Mauern gemeißelt worden, sagte er und betonte die Notwendigkeit, das Massaker zu beenden und die Glaubwürdigkeit des Völkerrechts zu schützen. Er fuhr fort, dass Israel „jeden Tag“ libanesisches Territorium angreife, seine Souveränität verletze und seine Bürger töte.

## **Redner bekunden Unterstützung für Zwei-Staaten-Lösung**

Während der gesamten Sitzung betonten viele Redner, dass die Konferenz zu sofortigen konkreten Schritten führen müsse und nicht nur eine weitere symbolische Debatte sein dürfe. Die Delegierten bekräftigten auch

ihre Unterstützung für eine Zwei-Staaten-Lösung und befürworteten den Grundsatz der palästinensischen Staatlichkeit.

„Der Schlüssel zur Verwirklichung der Zwei-Staaten-Lösung ist die Anerkennung des Staates Palästina“, betonte Mauro Luiz Lecker Vieira, Außenminister Brasiliens.

Diese Anerkennung sei „eine moralische Verpflichtung“, betonte er, da eine Unterlassung nur eine illegale und ungerechte Realität normalisieren würde, die durch Besatzung, systematische Diskriminierung, Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und möglicherweise Völkermord gekennzeichnet sei. „Praktisch alle lateinamerikanischen und karibischen Länder – darunter seit 2010 auch Brasilien – erkennen den Staat Palästina an, ebenso wie die meisten afrikanischen und asiatischen Länder“, betonte er.

Anita Anand, Außenministerin Kanadas, stellte fest, dass die gemeinsame Präsenz der Mitgliedstaaten heute die starke internationale Unterstützung für eine Verhandlungslösung widerspiegele: „eine Lösung, die die Selbstbestimmung der Palästinenser und die Sicherheit Israels gewährleistet und einen Weg zu dauerhaftem Frieden und Wohlstand in der Region aufzeigt“. Von entscheidender Bedeutung sei das Engagement der Palästinensischen Autonomiebehörde, die für die Verwaltung des Gazastreifens und des Westjordanlands erforderlichen umfassenden Reformen durchzuführen. Zu diesem Zweck kündigte sie an, dass Kanada im Jahr 2025 zusätzlich 10 Millionen Dollar für die Beschleunigung der Reformen und den Kapazitätsaufbau der Palästinensischen Behörde sowie weitere 30 Millionen Dollar an „neuen Mitteln“ für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen bereitstellen werde.

In ähnlicher Weise erklärte Dubravka Šuica, EU-Kommissarin für das Mittelmeerraum, dass die Union die Palästinensische Behörde in den nächsten drei Jahren mit 1,6 Milliarden Euro unterstützen werde. „Wir müssen jedoch mehr tun“, betonte sie und forderte die Staaten nachdrücklich auf, die Palästinensische Autonomiebehörde bei ihren Reformen zu unterstützen. Sie wies darauf hin, dass sie derzeit an der Einrichtung einer palästinensischen Gebergruppe arbeite, und unterstrich die entscheidende Bedeutung der Zusammenarbeit Israels – einschließlich der Freigabe zurückgehaltener Gelder und der regelmäßigen und vorhersehbaren Überweisung von Zolleinnahmen. „Wir wollen, dass Israel und Palästina in Frieden und Sicherheit innerhalb anerkannter Grenzen nebeneinander leben“, fügte sie hinzu.

### **Minister stellen Tragödie in Gaza in den Mittelpunkt**

Die Redner bekräftigten erneut ihre Besorgnis über die verheerende humanitäre Katastrophe in Gaza und forderten erneut einen Waffenstillstand und die uneingeschränkte Lieferung von Hilfsgütern.

Badr Ahmed Mohamed Abdelatty, Minister für auswärtige Angelegenheiten, Auswanderung und ägyptische Auswanderer, sagte, der brutale Krieg gegen Gaza habe „alle Grenzen der menschlichen Vorstellungskraft und des menschlichen Bewusstseins“ überschritten. Über 2,5 Millionen Menschen seien durch Blockaden, Morde, Vertreibung und Hunger betroffen, und diese Katastrophe werde täglich über Zivilisten gebracht, die in Schlangen auf humanitäre Hilfe warteten. Er betonte daher die Notwendigkeit einer dauerhaften Waffenruhe in Gaza und forderte die internationale Gemeinschaft nachdrücklich auf, ihrer moralischen Pflicht zum Wiederaufbau des Gazastreifens gemäß dem arabischen Plan für einen raschen Wiederaufbau und Wiederaufbau nachzukommen. Die Palästinafrage bleibe das zentrale Thema im Nahen Osten, erklärte er – „es gibt keinen Weg, dieser Tatsache auszuweichen“.

„Wir sind hier, um gemeinsam die Geschichte voranzubringen, indem wir dieser Tragödie ein Ende setzen“, erklärte Yassine Fall, Minister für afrikanische Integration und auswärtige Angelegenheiten Senegals, und lobte die Rundtischgespräche und Arbeitsgruppen der Konferenz, die sich zuvor am Tag getroffen hatten, für ihren pragmatischen Ansatz in Bezug auf die Kernpunkte der Frage. Das palästinensische Volk könne nicht länger warten, betonte sie und forderte die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, der Zerstörung in Gaza ein Ende zu setzen, den Staat Palästina uneingeschränkt anzuerkennen und ihn als Vollmitglied der Vereinten Nationen aufzunehmen. „Die Zwei-Staaten-Lösung ist nicht nur eine politische Haltung, sondern ein tiefer Ausdruck von Gerechtigkeit und Menschlichkeit“, unterstrich sie.

Hochrangige internationale Konferenz zur Zwei-Staaten-Lösung,  
2. und 3. Sitzung (vormittags und nachmittags) PAL/2249 29. Juli 2025

## **Generalversammlung hört Forderungen nach Rechenschaftspflicht und konkreten Schritten zur Schaffung eines palästinensischen Staates, während die hochrangige Konferenz fortgesetzt wird**

Unter Hinweis darauf, dass die weltweite Aufmerksamkeit auf ihre heutige Sitzung gerichtet ist, würdigten die Minister und anderen Redner in der Generalversammlung die Erwartungen an eine wirksame Reaktion auf die Zerstörung einer ganzen Bevölkerung und einen friedlichen Weg zu einem lebensfähigen palästinensischen Staat.

Unter dem gemeinsamen Vorsitz der Außenminister Frankreichs und Saudi-Arabiens wurde heute die „Hochrangige internationale Konferenz zur friedlichen Beilegung der Palästina-Frage und zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung“ fortgesetzt. Die Konferenz, die gemäß der Resolution [79/81](#) der Generalversammlung zur Förderung der Umsetzung der UN-Resolutionen zur Palästina-Frage und zur Zwei-Staaten-Lösung einberufen wurde, wurde am 28. Juli wieder aufgenommen und wird bis zum 30. Juli fortgesetzt. [Über die Sitzung vom 28. Juli wird in der Pressemitteilung [PAL/2248](#) berichtet.

### **Redner unterstreichen Bedeutung und Zeitpunkt der Konferenz**

Diese Konferenz findet inmitten „einer dreisten und mutwilligen Völkermordaktion vor den Augen der ganzen Welt“ statt, sagte Ronald Ozy Lamola, Minister für internationale Beziehungen und Zusammenarbeit Südafrikas. In der Woche vor der Konferenz wurde ein besorgniserregendes Signal gesendet, als die israelische Knesset einen Antrag verabschiedete, der die Ausweitung der israelischen Souveränität über das besetzte Westjordanland und das Jordantal fordert – ein Hinweis auf die Absicht, dieses Gebiet zu annektieren.

„Dies könnte die Zwei-Staaten-Lösung effektiv begraben“, warnte er. „Frieden im Nahen Osten kann ohne Gerechtigkeit für Palästina nicht erreicht werden, und Gerechtigkeit kann ohne die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung nicht hergestellt werden“, sagte Touhid Hossain, Berater des Außenministeriums der Übergangsregierung von Bangladesch.

In Gaza, wo über 58.000 Palästinenser ihr Leben verloren haben und unzählige Leichen unter den Trümmern liegen, „erlebt die Welt einen der schlimmsten Völkermorde unserer Zeit“, betonte er und forderte Rechenschaftspflicht und sichtbare Maßnahmen. „Worte allein werden das Leid des palästinensischen Volkes nicht lindern“, betonte er und fügte hinzu, dass wir nach dieser Konferenz „einfach nicht mehr dorthin zurückkehren können, wo wir waren“.

Mbae Mohamed, Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit, zuständig für die arabische Welt, die Diaspora, die Frankophonie und die afrikanische Integration der Komoren, unterstrich, dass die von den Vereinten Nationen vorgeschlagene Lösung – ein palästinensischer Staat, der friedlich neben Israel existiert – „der einzige Weg nach vorne“ sei. Die Mitgliedstaaten hätten ihrerseits die Verantwortung, dafür zu sorgen, dass diese Konferenz die Zukunft des palästinensischen Volkes ganz oben auf die internationale Agenda setzt, fügte er hinzu.

### **Staaten legen Unterstützung für Palästina dar, Vereinigtes Königreich kündigt bedingte Anerkennung an**

Im Laufe des Tages bekräftigten zahlreiche Redner ihre Unterstützung für die Palästinensische Autonomiebehörde und hoben die anhaltenden Bemühungen ihrer Regierungen um die Verwirklichung der Zweistaatenlösung hervor.

„Wir kommen nicht nur als Vertreter unserer Regierungen zusammen, sondern als Menschen“, erklärte Luca Beccari, Minister für auswärtige Angelegenheiten, politische Angelegenheiten, internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit und digitale Transformation von San Marino. Er hob die Verabschiedung einer historischen Empfehlung hervor, mit der sich seine Regierung verpflichtet, den Staat Palästina bis Ende 2025

anzuerkennen. Dies sei keine „symbolische Geste“, sondern das Ergebnis einer „prinzipiellen Haltung“, die auf Werten wie der Ablehnung von Krieg, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker und dem Vorrang des Völkerrechts beruhe, betonte er.

Jun Zhai, Sonderbeauftragter der chinesischen Regierung für die Nahost-Frage, bekräftigte ebenfalls die langjährige Unterstützung seines Landes für die Regierungsführung und die Kapazitäten der Palästinensischen Autonomiebehörde. Im Juli 2024 lud China alle palästinensischen Fraktionen zu Versöhnungsgesprächen nach Peking ein, die mit der Unterzeichnung der „Erklärung von Peking zur Beendigung der Spaltung und zur Stärkung der palästinensischen nationalen Einheit“ gipfelten. Er hob die laufenden Hilfs- und Ausbildungsprogramme Chinas für Palästina hervor und versprach die Fortsetzung der humanitären und Entwicklungshilfe, um die Grundlagen für einen lebensfähigen palästinensischen Staat zu schaffen.

Im vergangenen Jahr, so David Lammy, Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Commonwealth und Entwicklung des Vereinigten Königreichs, habe London die Mittel für das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) wieder bereitgestellt, Waffenausfuhren, die in Gaza verwendet werden könnten, ausgesetzt und ein „wegweisendes Abkommen“ mit der Palästinensischen Autonomiebehörde unterzeichnet. Darüber hinaus habe man drei Sanktionspakete gegen gewalttätige Siedler verhängt, die Handelsverhandlungen mit der israelischen Regierung ausgesetzt und rechtsextreme israelische Minister wegen Aufwiegelung sanktioniert.

Und unter Betonung, dass die Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung durch die israelische Regierung „falsch“ sei, erklärte er: „Mit der Hand der Geschichte auf unseren Schultern beabsichtigt die Regierung Seiner Majestät daher, den Staat Palästina anzuerkennen, wenn die Generalversammlung der Vereinten Nationen im September hier in New York zusammentritt.“ Er fügte hinzu: „Wir werden dies tun, sofern die israelische Regierung nicht Maßnahmen ergreift, um die entsetzliche Lage in Gaza zu beenden, ihre Militäration einzustellen und sich zu einem langfristigen, nachhaltigen Frieden auf der Grundlage einer Zwei-Staaten-Lösung zu verpflichten.“

Der stellvertretende armenische Außenminister Vahan Kostanyan kündigte seinerseits eine Vereinbarung mit Palästina an, wonach das armenische Institut für alte Handschriften Mesrop Mashtots – auch bekannt als Matenadaran – vorübergehend gefährdetes palästinensisches Kulturgut sichern soll.

### **Redner fordern auch Rechenschaftspflicht**

Mit Blick auf die katastrophale humanitäre Lage in Gaza betonten viele Redner – darunter der Vertreter von Barbados, der für die Karibische Gemeinschaft (CARICOM) sprach – die dringende Notwendigkeit, die Verantwortlichen für die von Israel und seinen Unterstützern begangenen Verstöße zur Rechenschaft zu ziehen.

Während Israel sich taub stellt gegenüber der internationalen Empörung, „ist Gaza zu einem Land der wandelnden Leichen geworden“, betonte Celinda Sosa Lunda, Außenministerin von Bolivien.

„Zivilisten, Kinder, ältere Menschen, die Presse und UN-Beamte – seit wann sind sie alle Zielscheiben in einem Krieg?“, fragte sie und forderte Rechenschaftspflicht für diejenigen, die diese Gewalt finanzieren. In diesem Sinne forderte der Vertreter Venezuelas, der für die Gruppe der Freunde zur Verteidigung der Charta der Vereinten Nationen sprach, die Vereinigten Staaten auf, „ihre Komplizenschaft mit Israel zu beenden“, und warnte, dass ihr wiederholter Einsatz des Vetos in dieser Angelegenheit nur die Straflosigkeit schüre.

„Die Bilder, die im 21. Jahrhundert aus Gaza kommen, werden die Menschheit noch viele Jahre verfolgen“, bekräftigte Nuh Yilmaz, stellvertretender Außenminister der Türkei. Das bisherige Scheitern einer Zwei-Staaten-Lösung sei auf die anhaltende Besetzung durch Israel zurückzuführen, und diese Konferenz sei aufgrund der Angriffe Israels auf den Iran verschoben worden. „Israel exportiert strategisch Instabilität in die gesamte Region, indem es mit hegemonialen Absichten endlose Kriege anstrebt“, betonte er und fügte hinzu, dass keine zentrale Autorität verschont werde und dass gescheiterte Staaten gewünscht – „sogar konstruiert“ – seien. Er schloss mit den Worten: „Das beginnt und endet mit der Gründung eines souveränen palästinensischen Staates.“

Thorgerdur Katrin Gunnarsdóttir, Außenministerin von Island, betonte, dass die Hamas keine Rolle in der künftigen Regierung des Gazastreifens spielen dürfe, wies jedoch die Behauptung zurück, die Anerkennung des Staates Palästina sei eine Belohnung für terroristische Gruppen. Es handele sich nicht um ein Geschenk, sondern um eine Bekräftigung des angeborenen Rechts des palästinensischen Volkes auf einen eigenen Staat. An die Bevölkerung des Gazastreifens gewandt sagte sie, die internationale Gemeinschaft sehe „Ihr Leiden“, aber auch „Ihre Widerstandsfähigkeit und Ihr Recht auf Frieden“. Sie fügte hinzu: „Es ist jetzt Zeit zu handeln, bevor noch mehr Menschenleben verloren gehen.“

### **Konkrete Visionen für einen palästinensischen Staat und den Wiederaufbau des Gazastreifens**

Daher skizzierten die Redner auch konkrete Visionen für den Wiederaufbau des Gazastreifens und formulierten Vorschläge zur künftigen Struktur und Regierungsführung des Staates Palästina.

Rosa Yolanda Villavicencio, amtierende Außenministerin Kolumbiens, betonte, dass eine Zwei-Staaten-Lösung „keine kosmetische Maßnahme sein darf, die die Besatzung legitimiert“, und dass die uneingeschränkte Ausübung des Selbstbestimmungsrechts der Palästinenser an keine Bedingungen geknüpft sein darf. „Der palästinensische Staat muss eine lebensfähige, souveräne politische Einheit sein“, sagte sie – mit einer eigenen Regierung, der Fähigkeit, seine Bevölkerung zu verteidigen und zu schützen, der vollständigen Hoheitsgewalt über sein Territorium und seinen Luftraum, der Kontrolle über seine Grenzen und der Verfügungsgewalt über seine natürlichen Ressourcen.

Abdullah Ali al-Yahya, Außenminister Kuwaits, forderte nachdrücklich eine starke Unterstützung für die palästinensische Regierung und ihre Institutionen und erklärte, die Ausweitung ihrer Autorität auf das gesamte palästinensische Gebiet sei „ein grundlegender Schritt zum Aufbau eines unabhängigen palästinensischen Staates“. Er lehnte auch alle Versuche ab, die demografische Realität im palästinensischen Gebiet zu verändern. In diesem Zusammenhang unterstrich der Delegierte Ugandas im Namen der Bewegung der blockfreien Staaten die unverzichtbare Rolle des UNRWA beim Wiederaufbau Gazas und lehnte die Versuche Israels ab, die Agentur zu marginalisieren.

Shaya Mohsin Zindani, Minister für auswärtige Angelegenheiten und Auswandererangelegenheiten des Jemen, forderte nachhaltige finanzielle und politische Unterstützung für die palästinensische Regierung und Bemühungen um die Vereinigung der palästinensischen Institutionen im Westjordanland und im Gazastreifen unter einer einzigen nationalen Behörde. Darüber hinaus drängte er auf Unterstützung für den arabisch-islamischen Plan für den raschen Wiederaufbau Gazas, der von Ägypten in Abstimmung mit dem Staat Palästina ausgearbeitet und von der Liga der Arabischen Staaten und der Organisation für Islamische Zusammenarbeit gebilligt wurde.

In ähnlicher Weise erklärte Abdoukader Houssein Omar, Minister für auswärtige Angelegenheiten und internationale Zusammenarbeit von Dschibuti, dass eine dauerhafte Beilegung des arabisch-israelischen Konflikts „nicht ohne die Grundlage der arabischen Friedensinitiative von 2002 auskommen kann“. Mit Unterstützung aller arabischen Staaten bezeichnete er sie als „konstruktiven, ausgewogenen Rahmen“ und „unverzichtbares Modell“ für eine gerechte und umfassende Lösung im Einklang mit dem Völkerrecht.

Während der gesamten Sitzung betonten viele Redner – darunter die stellvertretenden Außenminister Griechenlands und der Niederlande – die Notwendigkeit, eine verantwortungsbewusste Palästinensische Autonomiebehörde zu stärken, die in der Lage ist, effektiv zu regieren. Jukka Salovaara, Staatssekretär Finnlands, betonte, dass die Palästinensische Autonomiebehörde auch über die finanziellen Mittel verfügen müsse, um die palästinensische Gesellschaft zu entwickeln, einschließlich des Zugangs zu Zolleinnahmen, die ihr rechtmäßig zustehen, aber derzeit von Israel zurückgehalten werden.

Khalifa Shaheen al Marar, Staatsminister im Außenministerium der Vereinigten Arabischen Emirate, drängte seinerseits auf die Verabschiedung eines verbindlichen und unumkehrbaren Fahrplans für die Gründung eines unabhängigen, souveränen palästinensischen Staates. „Jeder Tag, der ohne eine Lösung verstreicht, vertieft die Wunden und verringert die Chancen auf Frieden“, mahnte er und betonte die Notwendigkeit „politischen Mutes, um Frieden als optimale strategische Option voranzutreiben“.